

Stellungnahmen der Ausschüsse zur Sitzung des Hauptausschusses am
28. September 2022

TOP:

6.1	22/SVV/0367	Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> Äa CDU vom 03.05.2022 abgelehnt 2:5:1
		+ Äa CDU vom 03.05.22	
		+ Äa/NF Bündnis 90/Die Grünen vom 24.05.22	Zustimmung 4:2:2 zu folgender neuen Fassung (entspricht dem Äa/NF der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.05.2022):
		+ Äa Freie Demokraten vom 31.05.22	

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam wie dem Umwandlungsverbot oder der Sozialerhaltungssatzung durch ein Programm zur beschleunigten Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Anteil städtischen und genossenschaftlichen Wohneigentums wieder erhöht werden.

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sollen in Bearbeitung befindliche Potentiale und Projekte dargestellt, der darüberhinausgehende Handlungsbedarf bestimmt und die erforderliche Priorisierung begründet werden.

Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die Landeshauptstadt Potsdam wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm entsprechend dem INSEK 2022 soll den Prinzipien des behutsamen Wachstums, d.h. der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die Kulturlandschaften respektieren, ökologische Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit den genannten Partnern im Rahmen des FNP und bereits beschlossener Untersuchungsgebiete für Entwicklungsmaßnahmen kurzfristig geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren, mögliche Zielkonflikte anzuzeigen und der SVV zur Beschlussfassung vorzulegen,
- durch Erhöhung der Ressourcen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu

gewährleisten,

- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke kostenfrei als Einlage in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten),
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau für Potsdam anzupassen und – nach gesonderter SVV-Entscheidung – umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.). Entscheidungen im Rahmen des Programms sollen von der SVV zügig und mit höchster Priorität beraten und entschieden werden können.

Ein Zwischenbericht ist dem Hauptausschuss im September 2022 zu geben.

			<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
6.2	22/SVV/0704	Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	<u>Ausschuss für Finanzen</u> 21.09.- entfallen
			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
6.6	22/SVV/0742	Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> zurückgestellt
6.7	22/SVV/0748	Unterstützung alternativer Energiequellen	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt
6.8	22/SVV/0737	Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!	<u>Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion</u> zurückgestellt
			<u>Ausschuss für Finanzen</u> 21.09.- entfallen
6.9	22/SVV/0726	Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes	<u>Ortsbeirat Groß Glienicke</u> zurückgestellt
			<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zurückgestellt